

Übertragungsfehler vorbehalten!

St. Pölten, am 18.05.2013

„Atemnot in St. Pölten“

Das Feinstaubdilemma einer wohl von
der Politik verlassenem Kommune.

Nicht nur Graz, auch Niederösterreichs Landeshauptstadt erstickt zunehmend im Feinstaub. Bis 15. Mai 2013 wurden laut Umweltbundesamt an der Luftgütemessstelle Europaplatz die Grenzwerte für Feinstaub ($50 \mu\text{g PM}_{10}/\text{m}^3$) bereits an 27 Tagen überschritten. Gesetzlich erlaubt sind 25 Tage pro Jahr. Im Ranking der Landeshauptstädte ist die Luft nur mehr in Graz schlechter...

Obwohl die Stadtregierung wiederholt ersucht wurde, die gesetzlichen Bestimmungen des Immissionsschutzgesetz-Luft einzuhalten und bereits viele Menschen über Atemwegsbeschwerden klagen, sind alle Anträge auf verkehrsentlastende Maßnahmen abgelehnt worden.

Zitat:

„Die Praterstraße-L100 ist im Verkehrssystem des Landes Niederösterreich sowie auch für die Stadt St. Pölten von hoher Bedeutung. Dies kann auch aus dem hohen Verkehrsaufkommen auf der L 100 ersehen werden. Tausende Verkehrsteilnehmer nutzen diese Straße auf dem Weg zu ihrer Arbeit, zum Einkauf, für Geschäfts erledigungen, Fahrten zur Schule usw... Diesbezüglich ist eine Interessensabwägung vorzunehmen.“

So tönt es aus der Hochburg des (noch) erfolgsverwöhnten Bürgermeisters Mag. Matthias Stadler. Und weiter:

„Eine Verkehrsbeschränkung ist dann erforderlich, wenn das Interesse an der Setzung der Maßnahme die Interessen des Verkehrs an der ungehinderten Nutzung der Straße überwiegen. Gemäß der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes muss einer spezifischen Gefahren- und Belastungssituation begegnet werden, die sich für die betreffende Straße deutlich von der allgemeinen für den Straßenverkehr für vergleichbare Straßenzüge typischen Gefahren- oder Belästigungslage unterscheidet... Die Abwägung vor dem Hintergrund der gegenständlichen Kriterien ergibt ein Überwiegen des Interesses der Verkehrsteilnehmer an der ungehinderten Nutzung der L 100.“

Dank dieser allein auf Gewinn und für Unternehmer ausgerichteten SPÖ(!)-Stadtpolitik, die nur mehr als Handlanger des Landeshauptmanns zu dienen scheint, hat das Land NÖ vermutlich auch die Stadt St. Pölten aus den Verkehrsmaßnahmen der „[NÖ Sanierungsgebiets- und Maßnahmenverordnung Feinstaub \(PM10\)](#)“ herausgenommen. Damit Wirtschaftsinteressen und nicht die Interessen der Stadtbevölkerung gewahrt werden. Wobei diese Verordnung wohl eine empfindliche Diskriminierung zum Nachteil der St. Pöltner darstellen dürfte.

Denn diese besagt unter anderem Folgendes:

§ 1 (Auszug)

Das Sanierungsgebiet umfasst: die Bezirke Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach, Tulln und Wien-Umgebung sowie die Städte mit eigenem Statut Krems, St. Pölten und Wr. Neustadt zur Gänze; im Bezirk Amstetten die Gemeinde Amstetten...

§ 6 (Auszug)

Maßnahmen für den Verkehr

(1) Für Lastkraftwagen und Sattelzugfahrzeuge, die vor dem 1. Jänner 1992 erstmals zum Verkehr zugelassen worden sind, gilt ein Fahrverbot im Sanierungsgebiet gemäß § 1, **ausgenommen jedoch die Gemeindegebiete der Städte Amstetten und St. Pölten.**

Bedeutet: Während die Menschen in den Bezirken Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach, Tulln und Wien-Umgebung sowie in der Stadt Krems in Sachen Feinstaub schon längst einen gewissen Gesundheitsschutz haben, darf in St. Pölten jedes noch so alte, stinkende, die Umwelt und Gesundheit belastende Fahrzeug seinen Dreck in die Luft schleudern, denn die Gesundheit der nachfolgenden Generationen ist für diese Landes- und Stadtpolitiker anscheinend nichts wert.

**Hat dieser Bürgermeister überhaupt noch ein Interesse seine Bürger zu vertreten,
oder ist ihm die Gesundheit der Stadtbevölkerung völlig egal?**

Um derartiges erahnen zu können, hat eine Interessensgemeinschaft am 03.09.2012 Bürgermeister Stadler in einem offenen Brief ersucht, die gesetzlichen Bestimmungen des § 6 (Maßnahmen für den Verkehr) der NÖ Sanierungsgebiets- und Maßnahmenverordnung Feinstaub, in Koordination mit dem Land NÖ, auch für das Stadtgebiet von St. Pölten geltend zu machen. Das Schreiben ging auch an Umweltminister Berlakovich, der als zuständiger Minister ersucht wurde, dieses Ansinnen zu unterstützen. Begründet wurde der Antrag damit, dass auch die Bürger der Landeshauptstadt das Recht hätten, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben der Europäischen Union behandelt zu werden.

Die Antworten übertrafen die Erwartungen bei Weitem. Wenn auch im negativen Sinn:

- Umweltminister Berlakovich zog es vor, gar nicht zu antworten.
- Und Bürgermeister Stadler agierte abermals wie der verlängerte Arm des Landes. Gleich dem NÖ - [Umweltlandesrat Dr. Pernkopf](#), schob auch er die Verantwortung in das Ausland ab: *„Erfahrungsgemäß wird die Feinstaubbelastung sehr stark durch die Hintergrundbelastung geprägt. Feinstaub kann viele Quellen haben, der Verkehr ist nur eine davon. Einschlägigen Studien ist auch zu entnehmen, dass vermutlich ein nicht unbeachtlicher Teil durch Fernverfrachtung aus dem Ausland nach Österreich gelangt...“*, so der Bürgermeister.
- Selbstverständlich ist Mag. Stadler auf die vermutete Ungleichbehandlung der St. Pöltner in der „NÖ Sanierungsgebiets- und Maßnahmenverordnung Feinstaub“, nicht eingegangen.

Ungeachtet dieser höchst bedenklichen Feinstaubmisere ist die politische Lobby des Landes und der Stadt fest entschlossen, den hier wohnenden Menschen noch mehr Staub und Lärm zuzumuten. Im Stadtzentrum soll eine neue „Kerntangente Nord“ entstehen. Diese soll das Regierungsviertel entlasten. Denn ab 2030 werden bei der Traisenbrücke statt der schon heute täglichen 17.000 Fahrzeuge, bis zu 26.000(!) Fahrzeuge pro Tag erwartet. Eine Entwicklung, die sehr deutlich zeigt, wie weit sich die Stadtpolitiker bereits von ihren Wählern entfernt haben und wie sehr sie in diesem Zusammenhang vorwiegend Landesinteressen vertreten.

Freilich, wenn die Stadtväter nicht sehr bald zukunftsorientierter handeln und St. Pölten ausbluten lassen, werden sie in absehbarer Zeit die Früchte ihrer Unbekümmertheit ernten. Mit zunehmender Staub-, Lärm-

und Gesundheitsbelastung wird sich zuerst die gehobene, nach und nach auch die Mittelschicht von St. Pölten verabschieden. Und die sterbende Barockstadt wird ihren Ruf als „Wohn- und Tourismusstadt“ verlieren.

Doch den Bürgermeister tangiert das Ganze offensichtlich nur peripher. Viel bedeutsamer scheint ihm zu sein, dass er als SPÖ(!) Politiker sein Verhältnis zum mächtigen Landeshauptmann Erwin Pröll (VP) als [durchaus gut bezeichnen darf](#). Deshalb hat er sich auch schon auf den „Weg zum Land“ gemacht. Für St. Pöltner dürfte das Ganze eher kein Grund zum Feiern sein...

„Jetzt heißt es nach vorne schauen. Ärmel aufkrepeln und anpacken!“, so Stadler. Wobei er jedoch nicht über die sehr gefährliche Feinstaubmisere in seiner Stadt spricht. Das „Ärmel aufkrepeln“ gilt seinem zweiten(!) Hauptjob als Landesparteivorsitzender der SPÖ-NÖ. Denn: „Die Nationalratswahl im Herbst ist die nächste Herausforderung!“, so Mag. Stadler.

Da kann man der SPÖ NÖ nur wünschen, dass Stadler seine „nächste Herausforderung“ besser meistert als seine noch immer nicht erledigten derzeitigen Herausforderungen: „Umwelt und Verkehrspolitik.“

Dennoch besteht Hoffnung:

Denn wie die Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten gezeigt haben, werden die Wähler zunehmend flexibler und reifer. Vielleicht hat sich Mag. Stadler ja deshalb seinen zweiten Vollzeitjob als Landesparteivorsitzender der SPÖ zugelegt ...

Emanuel Goldeli

Gesellschaftskritischer Maler

Links: [Umweltbundesamt](#)

[Die Grünen St. Pölten: „Auf der Suche nach dem Feinstaub – Maßnahmenpaket.“](#)

[APA: „Feinstaub-Alarm in Niederösterreich: Pernkopf schiebt Verantwortung ins Ausland ab“](#)

[SPÖ NÖ: Bürgermeister Mag. Matthias Stadler neuer Vorsitzender der SPÖ-Niederösterreich](#)